



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	6
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –
[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Im Rahmen der intensiven Phase innerhalb der Gespräche zur Lösung des Zypernproblems trafen sich der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci im Juli insgesamt fünf Mal: am 1., 8., 12., 22., 26. und 29. Während der Treffen wurden alle zur Diskussion stehenden Kapitel verhandelt.

Die Eigentumsfrage stand im Zentrum des Treffens am 1. Juli. Während des Treffens, das in einer positiven Atmosphäre stattfand, konnten einige Fortschritte erreicht werden. Die Eigentumsfrage ist eines der schwierigsten Kapitel in den Verhandlungen und es bestehen nach wie vor erhebliche Differenzen zwischen beiden Seiten. Am 8. Juli wurden die Themen Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte besprochen. In diesem Zusammenhang erklärte Anastasiades, dass eine Einigung hinsichtlich der Erlangung der Staatsbürgerschaft und den Grundrechten erreicht worden sei. Das Treffen am 12. Juli war den wirtschaftlichen Fragen im Falle einer Lösung gewidmet, basierend auf vorläufigen Berichten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Bedeutende Fortschritte konnten während des Treffens am 22. Juli, auf dem die Gesetzgebung und Justizfragen verhandelt wurden, erzielt werden. Es herrscht jedoch weiterhin Uneinigkeit in der Frage der von den türkischen Zyprioten geforderten rotierenden Präsidentschaft, die jedoch von den griechischen Zyprioten abgelehnt wird. Am 26. Juli wurden die innere Sicherheit und die administrativen Befugnisse besprochen und es konnten eine Reihe von

Konvergenzen erzielt werden. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden jedoch nicht veröffentlicht. Das letzte Treffen vor der Sommerpause im August fand am 29. Juli statt. Hier lagen die Schwerpunkte auf territorialen sowie Sicherheits- und Garantiefragen. Diese Themen wurden zum ersten Mal intensiver besprochen und beide Seiten betonten ihre unterschiedlichen Standpunkte. In den kommenden acht Treffen nach der Sommerpause sollen diese Punkte wieder angesprochen werden. Laut Akinci müssten die Garantie- und Sicherheitsfragen im Rahmen einer Konferenz unter Teilnahme der fünf betroffenen Parteien sowie unter Berücksichtigung der zwischen September und November erreichten Konvergenzen besprochen werden. Der Putschversuch in der Türkei am 15. Juli verstärkte die Befürchtungen auf Seiten der griechischen Zyprioten hinsichtlich des Sicherheitsaspekts bei der Lösung der Zypernfrage. Während die griechischen Zyprioten das bestehende System der Garantiemächte abschaffen möchten und einen Abzug der türkischen Armee fordert, wollen die türkischen Zyprioten den Garantiestatus der Türkei und eine türkische Militärpräsenz aus Sicherheitsgründen beibehalten.

In einer auf dem öffentlichen Radiosender BRT ausgestrahlten Stellungnahme sagte Akinci, dass die türkisch-zypriotische Seite sich dafür einsetze, bis Ende 2016 eine Einigung zu erreichen. Er warnte, dass ein Hinauszögern in das Jahr 2017 neue Komplikationen mit sich bringen würde, da die Vorbereitungen für die nächsten griechisch-zypriotischen Präsidentschaftswahlen im März nächsten Jahres begännen, eine neue amerikanische Regierung im Amt sein

sowie ein neuer Generalsekretär an der Spitze der UN stehen werde. Außerdem seien die Entwicklungen im Energiebereich zu berücksichtigen. In seiner Bewertung einer früheren Aussage des türkischen Premierministers Binali Yildirim, wonach dies die letzte Möglichkeit sei, eine Lösung in der Zypernfrage zu erreichen, sagte Akinci, dass er bereits mehrere Male betont habe, dass dies der letzte Versuch seiner Generation sei und sagte, dass 12 Jahre seit dem Annan-Plan verstrichen seien. Wenn nun, nach all den Bemühungen, keine Lösung gefunden werde, könne man nur sagen, dass dies die letzte Chance sei. Yildirims Aussage, dass dies die letzte Möglichkeit für eine föderale Lösung sei, sei keine Drohung, sondern entspräche der Realität.

In einem anderen Zusammenhang sagte Akinci im Hinblick auf die Normalisierung der türkisch-israelischen Beziehungen, dass israelisches und zypriotisches Gas in die Türkei exportiert und über die Türkei nach Europa geliefert werden könne. Die sei der praktischste, vernünftigste und günstigste Weg. Diese Frage sei von größter Wichtigkeit für die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel und nach der Lösung des Zypernproblems ein sinnvoller Ansatz. Sollte keine Lösung gefunden werden, dann bleibe Zypern in der Energiefrage außen vor, was für beide Bevölkerungsgruppen von Nachteil wäre.

Während des Besuchs der amerikanischen Staatssekretärin für Europa und Eurasien, Victoria Nuland, wurden während eines Treffens am 12. Juli mit Präsident Anastasiades Eigentums- und Regierungsfragen besprochen. Nuland traf sich auch mit Mustafa Akinci.

Die Zypernfrage war auch Thema bei den Gesprächen zwischen dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras und dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama am Rande des NATO-Gipfels in Polen am 10. Juli. Der griechische Premierminister betonte die Bedeutung einer gerechten und realistischen Lösung, die auf den bestehenden UN-Resolutionen basieren müsse, und auf den Abzug türkischer Truppen und die Aufhebung des Garantiemächtesystems abzielen müsse. Die mit einer Lösung verbundenen Sicherheitsfragen wurden auch zwischen Außenminister Ioannis Kasoulides und seinem griechischen Amtskollegen Nikos Kotzias während eines Treffens am 22. Juli in Athen thematisiert.

In seinem Bericht über die Guten Dienste in Zypern stellte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon fest, dass die politische Führung beider Seiten deutliche Fortschritte in einer Reihe von Themen gemacht hätte. Er betonte jedoch auch, dass noch sehr viel Arbeit vor beiden Seiten liege. Außerdem forderte Ban die beiden Volksgruppenvertreter dazu auf, ihr Möglichstes zu tun, um das gegenseitige Verständnis, welches während der Verhandlungen im vergangenen Jahr aufgebaut worden sei, in konkrete Konvergenzen umzusetzen. Der UN-Generalsekretär betonte die Notwendigkeit für beide Volksgruppenführer, ihren Einsatz in den kommenden Monaten zu verdoppeln, wenn sie ihr selbstgestecktes Ziel einer umfassenden Lösung bis Ende 2016 erreichen wollten. Ban gab auch seinen Befürchtungen über fehlende Fortschritte in der Umsetzung einiger vertrauensbildenden Maßnahmen, die zuvor vereinbart worden waren und von den beiden Politikern am

28. Mai 2015 als ein Zeichen ihres Engagements angekündigt worden waren, Ausdruck. Pläne zur grenzüberschreitenden Nutzung des mobilen Telefonnetzes sowie die Verbindung der beiden Elektrizitätsnetze und die Öffnung der beiden Grenzübergänge bei Lekfa-Aplici/Lefke-Aplici und Deryneia/Derinya seien trotz anfänglicher Fortschritte nicht umgesetzt worden. Ban forderte die Politiker auf, alle vereinbarten Maßnahmen in gutem Glauben und ohne Verzögerung einzuleiten. Dies seien wichtige Schritte zur Förderung einer positiven Atmosphäre für die Verhandlungen, da nutzbringende und spürbare Folgen für den Alltag der Zyprioten daraus entstünden und bewiesen, dass eine alternative Zukunft in Reichweite sei. Der aktuelle Bericht der Guten Dienste in Zypern bezieht sich auf die Entwicklungen zwischen dem 23. Dezember 2015 und dem 30. Juni 2016 und kann unter dem folgenden Link nachgelesen werden:

https://unficyc.unmissions.org/sites/default/files/report_of_the_secretary-general_on_the_united_nations_operations_in_cyprus.pdf

Der UN-Sicherheitsrat stimmte am 26. Juli einstimmig für eine Mandatsverlängerung der UN-Friedenstruppen (UNFICYP) um weitere sechs Monate bis zum Januar 2017. Der UN-Sonderberater für Zypern, Espen Barth Eide, und die Sondergesandte des UN-Generalsekretärs, Elizabeth Spehar, informierten die Mitglieder des Sicherheitsrates am 25. Juli detailliert über den Verlauf der UN-geführten Verhandlungen des Zypernproblems.

Auf einer Pressekonferenz nach einer geschlossenen Sitzung des UN-Sicherheitsrats über die

Zypernfrage sagte Eide, dass immer noch eine Chance für eine Lösung bestünde. Das beste Zeitfenster werde jedoch nicht für immer offen sein. Des Weiteren betonte Eide, dass durch die neuesten Entwicklungen in der Türkei nach dem fehlgeschlagenen Militärputsch die Unterstützung der Garantiemächte und die Bemühungen der politischen Führung in der Zypernfrage nicht beeinflusst würden.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gab die Ernennung von Generalmajor Mohammed Humayun Kabir aus Bangladesch zum neuen Kommandanten der UNFICYP-Friedenstruppe bekannt. Generalmajor Kabir tritt die Nachfolge von Generalmajorin Kristin Lund aus Norwegen, welche ihren Dienst am 29. Juli beendete, an. Laut des Sprechers des UN-Generalsekretärs, zollte Ban Ki-moon Generalmajorin Lund als erste Frau auf diesem Posten Anerkennung für ihre Dienste in der UNFICYP-Friedenstruppe. Ihr Einsatz sowie ihr professionelles Handeln und ihre Führungsstärke hätten die Bemühungen der Vereinten Nationen in Zypern unterstützt.

In einem bei Bloomberg am 6. Juli veröffentlichten Artikel lägen laut der Eurasia Group, einer Gruppe politischer Risikoberater, die Chancen auf eine Wiedervereinigung bei 60% basierend auf einem Szenario für 2016. Wie Mujttaba Rahman von der Eurasia Group erklärte, unterstützten die Politiker beider Seiten eine Lösung und die öffentliche Meinung sei im Vergleich zu früher einer Lösung eher zugeneigt. Was die Rolle der Türkei betreffe, so sei Erdogan nach wie vor schwer einzuschätzen, allerdings wolle er einen außenpolitischen Erfolg vorweisen. In dem Artikel wird auch der ehemalige zyprioti-

sche Präsident George Vassiliou zitiert, wonach beide Seiten einen Weg eingeschlagen hätten, von dem es kein Zurück gebe. Daher müsse man weitermachen, bis eine Lösung erreicht werde. Wenn die derzeitigen Gespräche nicht bis Ende 2016 abgeschlossen seien, müsse sich die internationale Gemeinschaft grundsätzlich fragen, ob die Gespräche weitergeführt werden sollten.

Die Zahl der Teams, die an dem 8. bikommunalen Stelios-Wettbewerb 2016 teilnehmen, hat sich im Vergleich zu 2015 verdoppelt und liegt bei 215 Bewerbern. Zum ersten Mal konnte man sich mit Hilfe von Facebook und LinkedIn bewerben. Die Preisvergabe soll im Oktober in Nikosia stattfinden. Zum ersten Mal wird Stelios Hajjionannou ein Preisgeld von 500.000 Euro zur Verfügung stellen, welches an insgesamt 50 Teams in Höhe von jeweils 10.000 Euro vergeben werden soll. Seit Beginn des Wettbewerbs 2009 wurden somit Preisgelder von insgesamt zwei Millionen Euro ausgeschüttet. Im Jahr 2015 gewannen 30 Teams jeweils 10.000 Euro.

Anlässlich der Eid Al-Fitr Feiern, die das Ende des Fastenmonats Ramadan einleiten, postete Präsident Anastasiades seine besten Wünsche via Twitter.

2. Gasvorkommen

Am 22. Juli lief die Frist für die Vorlage eines formalen Angebotes zur dritten Lizenzvergabe-runde zur Gaserkundung ab. Die dritte Runde war im März bekannt gegeben worden und bezog sich auf die Blöcke 6, 8 und 10, welche sich innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns befinden.

Laut Energieminister Yiorgos Lakkotrypis wurden drei Angebote für Block 10 abgegeben. Die Bieter waren ein Konsortium bestehend aus dem amerikanischen Energieriesen Exxon Mobil und Qatar Petroleum, ein weiteres Konsortium des italienischen Unternehmens ENI und des französischen Unternehmens Total sowie das norwegische Unternehmen Statoil. Das Konsortium von ENI und Total war der einzige Bieter für Block 6. Ein weiteres Konsortium bestehend aus dem schottischen Unternehmen Capricorn, welches ein Tochterunternehmen des Energieunternehmens Cairn ist, und den israelischen Firmen Delek und Avner gaben ein Angebot für Block 8 ab, für das sich ENI ebenfalls bewarb. Das Kaliber der an der dritten Runde teilnehmenden Bieter wurde als "beeindruckend" bezeichnet. Derweil machte die Türkei klar, dass ein Teil der sich in Block 6 befindlichen Gebiete nach ihrer Auffassung Teil des türkischen Festlandsockels seien. Nach der dritten Lizenzvergabe-runde der Republik Zypern im März, erklärte das türkische Außenministerium, dass die griechischen Zyprioten just in dem Moment, in dem die Gespräche zur Wiedervereinigung liefen, die Rechte der Türken auf der Insel in Frage stellten.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut des zypriotischen Amtes für Statistik nahm im Juni die Zahl der ankommenden Touristen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 23% zu und lag bei 413.114. Die Zahl der Besucher aus den

wichtigsten Märkten stieg stetig. Dabei nahm die Zahl der Besucher aus Großbritannien, das traditionell Zyperns größter Markt ist und am 23. Juni für den Brexit stimmte, um 21% zu mit einer Gesamtzahl von 148.812, während die Zahl russischer Touristen, Zyperns zweitgrößter Markt, um 42% zunahm und bei 127.244 lag. Die Zahl ankommender Touristen aus Griechenland und Israel nahm um 30% bzw. 59% zu und betrug 16.559 bzw. 14.864, während die Zahl deutscher Touristen im letzten Monat um 4,1% abnahm und bei 9.508 lag.

Nach Angaben des Finanzministeriums betrug das Haushaltsdefizit im ersten Halbjahr bei 43,7 Millionen Euro im Vergleich zu 31,2 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Dies liege daran, dass weniger Geld aus anderen Behörden in die Staatskasse floss, wie z.B. von den Kommunen oder den halbstaatlichen Unternehmen. Diese Einnahmen fielen von 42,1 Millionen Euro auf 1,6 Millionen Euro. Insgesamt stiegen die Staatseinnahmen aber um 37 Millionen Euro auf 3 Milliarden Euro, während die Ausgaben um 24 Millionen Euro fielen und bei 3,1 Milliarden Euro lagen.

Laut der zypriotischen Zentralbank nahm die Differenz zwischen Krediten und Einlagen im zypriotischen Bankensystem im Juni ab und lag bei 7,6 Milliarden Euro, dem niedrigsten Stand seit dem Bail-In im März 2013. Dies zeige ein steigendes Vertrauen in die zypriotischen Banken, die wiederum ihren Eigenanteil an Einlagen erhöhten. Der Umfang der Einlagen stieg im Juni um 343,4 Millionen Euro und lag bei 46,8 Milliarden Euro während das Volumen der ausstehenden Kredite um 550 Millionen Euro fiel

und bei 54,4 Milliarden Euro lag, der niedrigste Stand seit Dezember 2008.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 11. Juli jährte sich das Unglück auf dem Marinestützpunkt Mari zum fünften Mal. 2011 war eine Ladung Munition, welche zwei Jahre auf gefährliche Weise im Freien gelagert worden war, explodierte. Dabei starben 13 Menschen und das wichtigste Kraftwerk Zyperns wurde stark beschädigt.

Am 15. Juli jährte sich zum 42. Mal der Jahrestag des durch die griechische Militärjunta geplanten Putsches gegen Erzbischof Makarios, der den Einmarsch türkischer Truppen am 20. Juli 1974 zur Folge hatte. Inselweit wurden Gottesdienste im Gedenken an die Opfer beider Ereignisse abgehalten.

Am 14. Juli verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Reduzierung des Wehrdienstes von 24 auf 14 Monate. Dem Gesetz stimmten 48 Abgeordnete zu, zwei Abgeordnete der Bürgerallianz enthielten sich der Stimme. Zuvor hatte das Kabinett entschieden, 3.000 Berufssoldaten zu rekrutieren im Rahmen der Umstrukturierung der Nationalgarde. Diese Entscheidung beinhaltete auch die Kürzung des Wehrdienstes.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Hafendarbeiter nahmen am 7. Juli an einer international organisierten, einstündigen Arbeitsniederlegung teil, die zum ersten Mal weltweit stattfand. Der internationale Rat der

Hafenarbeiter (IDC) und der internationale Verband der Arbeiter im Transportwesen legten den 7. Juli als Aktionstag der Hafenarbeiter fest, um gegen die Auswirkungen der Globalisierung auf die Bereiche Gesundheit, Sicherheit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Tarifvereinbarungen, Arbeitsregeln in multinationalen Unternehmen zu protestieren.

Der Arbeitsstreit an den Flughäfen zwischen der PEO und der SEK einerseits und der LGS und Swissport auf der anderen Seite führte zu Streikaktionen gegen die Nichtumsetzung des bestehenden Tarifvertrages. Daraufhin schaltete sich das Arbeitsministerium ein, welches eine Sonderregelung vorschlug, die von beiden Seiten angenommen wurde. Die Gewerkschaften werten die Einigung als positiv, da die Tarifvereinbarung in einigen Sektoren, einschließlich der Saisonarbeiter, sofort umgesetzt wurde. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen zu einer Erneuerung der Tarifvereinbarungen in anderen Sektoren aufgenommen.

320 neue Stellen mit niedriger Bezahlung im öffentlichen Dienst, hauptsächlich bei der Polizei, wurden geschaffen, während 213 unbesetzte Stellen, vor allem im Finanzministerium, nach Aufhebung des Einstellungsstopps wieder besetzt werden können.

Aufgrund einer Entscheidung der Regierung soll die 10%ige Kürzung des Gehalts neuer Angestellter des öffentlichen Dienstes auf Stundenbasis nach 24-monatiger Beschäftigung aufgehoben werden.

Die Arbeitgeberverbände OEB und CCCI kritisierten den allgemeinen Gesundheitsplan

als unzureichend und forderten, dass der private Sektor sowie privates Kapital in die Planung miteinbezogen werden.

Die Gewerkschaft PEO bezog sich in einer Erklärung zur Arbeitslosigkeit auf den für Beschäftigung zuständigen EU-Kommissar, welcher die Analyse der INEK-PEO bestätigte, wonach die Abnahme der Arbeitslosenzahlen eine Folge von Auswanderung und der ausbleibenden Suche nach Arbeit von Langzeitarbeitslosen sei. Laut PEO sei die Tatsache, dass Zypern innerhalb der EU an erster Stelle bei sozialer Ungleichheit und Auswanderungszahlen sowie bei der Langzeitarbeitslosigkeit stehe und bei der Arbeitslosigkeit die vierte und der Jugendarbeitslosigkeit die sechste Stelle einnehme, ein Beweis für das Versagen der Austeritätspolitik, die aufgegeben und durch eine Entwicklungspolitik ersetzt werden müsse.

Der Arbeitgeberverband OEB betonte auf einem Treffen mit dem Arbeitsminister zum wiederholten Mal, dass er das COLA-System (wonach das Gehalt automatisch den Lebenshaltungskosten angepasst wird) ablehne und in den anstehenden Verhandlungen in dieser Frage nicht nachgeben werde. Der OEB forderte auch eine 50%ige Reduzierung des Arbeitgeberanteils bei den Abfindungspaketen und anderer Sozialleistungen, die im Falle insolventer Firmen beansprucht werden können.

Am 25. Juli fand ein unangekündigter, zweistündiger Streik bei der Zementfabrik Vasiliko statt. Dies war eine Reaktion auf die Entlassung einiger Angestellter ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften. Auf einer Versammlung

aller Beschäftigten wurde der Beschluss gefasst, einen Beschwerdebrief an die Unternehmensleitung zu schicken.

Die Handelskammer CCCI brachte zum wiederholten Male die Forderung nach einer 20%igen Kürzung des gesetzlichen Mindestlohnes auf den Tisch. Diese Forderung wurde jedoch von allen Gewerkschaften und einigen Parteien sowie vom Arbeitsminister öffentlich abgelehnt.

Der Vorsitzende der PEO, Pambis Kyritsis, sagte in einem Interview, dass seine Gewerkschaft gesetzliche Regelungen im öffentlichen Bereich ablehne, da dies die Tarifverhandlungen beeinträchtigt. Dies treffe auch auf den halbstaatlichen Bereich zu, in dem die Gewerkschaft tätig sei. Laut dem PEO-Vorsitzenden müsse auch der Schwindel bei dem Phänomen der scheinselfständig Arbeitenden ausgemerzt werden. Die Gewerkschaften würden dies nicht länger tolerieren. Des Weiteren würden die Gewerkschaften keine weiteren Gehaltskürzungen akzeptieren. Außerdem wurde eine gesetzliche Stärkung der Tarifverhandlungen gefordert. Kyritsis zeigte sich zufrieden mit den derzeitigen Tarifverhandlungen. Die Gewerkschaften würden nun sukzessive während der Krise verlorenes Terrain zurückerobern und seien auf den Kampf mit den Arbeitgebern vorbereitet.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der von der Türkei nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli verhängte Ausnahme-

zustand hatte katastrophale Auswirkungen auf den Tourismus im Norden der Insel. 80% der Hotelreservierungen und 50% der Flüge wurden als Folge des Putsches gestrichen. Türkische Touristen haben einen Anteil von 70% im türkisch-zypriotischen Tourismus. Der Anteil abgesagter Hotelreservierungen durch europäische Touristen lag bei 10%. Bereits vor dem Putschversuch kursierten Berichte in den lokalen Medien, wonach die Zahl ankommender Touristen aufgrund der Terroranschläge in der Türkei zurückgegangen war. Die Zahl deutscher Touristen beispielsweise lag 2015 bei 31.000 und liegt in diesem Jahr bei 18.000.

Innenpolitische Entwicklungen

Am gescheiterten Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli nahmen keine Soldaten oder Offiziere der im Norden stationierten türkischen Truppen teil. Auch von der dem Putsch folgenden Verhaftungswelle blieben die Truppen im Norden unberührt. In den sozialen Netzwerken wurden allerdings Gerüchte verbreitet, nach denen es auch im Norden Sympathisanten der Gülenbewegung gäbe, die die türkische Regierung für den Putschversuch verantwortlich macht.

In seiner Stellungnahme zum gescheiterten Putsch und dessen Auswirkungen auf die türkisch-zypriotische Volksgruppe erklärte Akinic, dass es schon in der Vergangenheit in der Türkei immer wieder Umstürze gegeben habe und diese dem Fortschritt der Türkei nicht dienlich gewesen seien: Der einzige Weg nach vorn ist der der Demokratie, der der Wahlen, sagte Akinic. Er informierte seine Mitbürger auch

darüber, dass es in der TRNZ¹ keine Probleme gebe und sich niemand Sorgen machen sollte. Er fügte hinzu, dass es im Norden keinerlei spürbare Auswirkungen des Coups gegeben habe.

Der türkische Botschafter in Nikosia, Derya Kanbay, versicherte die türkisch-zypriotische Bevölkerung, dass alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden seien, um sicherzustellen, dass der Norden Zyperns nicht von dem in der Türkei verhängten Ausnahmezustand betroffen werde. Derweil wurden drei türkisch-zypriotische Studenten einer Militärschule in Istanbul, die während des Putschversuchs festgenommen worden waren, am 27. Juli wieder auf freien Fuß gesetzt.

In einer Rede vor den Mitgliedern der stärksten Fraktion innerhalb der Koalitionsregierung, der National Unity Party (UBP), sagte der Premierminister und UBP-Vorsitzende Huseyin Ozgurgun, dass mit der Jahreswende der Wahlkampf beginne und sich die Parteimitglieder auf die Wahlen mit dem Ziel einer UBP-Alleinregierung einstimmen sollten. In einem anderen Zusammenhang jedoch lobte Ozgurgun die ers-

ten hundert Tage der aus der UBP und der Democratic Party bestehenden Regierungskoalition und bezeichnete die Zusammenarbeit als harmonisch.

In Bezug auf Berichte, wonach einige der Teilnehmer des fehlgeschlagenen Putsches in der Türkei in den Norden Zyperns geflüchtet seien, sagte Ozgurgun, dass die türkische Regierung keine Namen genannt habe.

Während eines Treffens mit Vertretern der türkisch-zypriotischen Lehrgewerkschaft (KTOS) und der Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Gymnasiallehrer (KTOEOS), sagte der Vorsitzende der Republican Turkish Party (CTP) und ehemalige türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mehmet Ali Talat, dass im Norden Zyperns die Bemühungen, welche auf die Stärkung der islamischen Gemeinschaft abzielen, intensiviert würden. Nach der Auffassung Talats müssten Erziehung und Bildung ihren säkularen Charakter behalten. Die Eröffnung einer Religionsschule in Mia Milia (Haspolat), einem Vorort Nikosias, sei daher eine Anomalie.

Der Stadtrat von Nikosia revidierte eine zuvor getroffene Entscheidung bezüglich des aus der Türkei stammenden Wassers und bevollmächtigte Bürgermeister Mehmet Harmanci, einen Vertrag für die Übergangsphase zu unterschreiben, in der die Verteilung des Wassers durch das türkische Generaldirektorat für Wasserversorgung gemanagt werden soll. Ab dem 23. Juli soll Nikosia mit türkischem Wasser versorgt werden.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Laut dem Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, sind 45.000 der insgesamt 85.000 in das Sozialsystem einzahlenden Arbeitnehmer, Ausländer. Saner fügte hinzu, dass die Behörde Schulden in Höhe von 246 Millionen Türkischen Lira (74,5 Millionen Euro) über die Jahre angesammelt habe. Dies stelle jedoch im Falle einer Lösung und eines Beitritts zur EU kein Problem dar.

Laut einer Studie des Forschungszentrums für Migration, Identität und Recht (CMIRS) über saisonale Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, werden diese Arbeiter in großem Umfang ausgebeutet. Obwohl den Arbeitern angemessene Unterkunft und Sicherheit am Arbeitsplatz zugesichert würden, hielten sich die Arbeitgeber nicht daran, nachdem die Arbeiter in Zypern angekommen seien. In einigen Fällen werden die Arbeiter gezwungen, ohne Bezahlung zu arbeiten. Es gebe auch Schwierigkeiten bei der Anmeldung schulpflichtiger Kinder, die durch Verzögerungen bei der Ausstellung der Arbeitsgenehmigung entstünden.

5. FES Zypern Veranstaltungen**August****10.-16. 08. 2016**

WINPEACE / FES

Workshop

PEACE EDUCATION AND CITIZENS' RESPONSIBILITY

Kyrenia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

**September****Donnerstag 08.09.2016***(Datum kann sich noch ändern)*Deutsche Botschaft/Goethe Institut/FES
Vortrag & Diskussion**United in Diversity**Goethe Institut, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 15.09.2016

PRIO Cyprus Centre/FES
Konferenz

Educational Practices in Federal Systems

Home for Cooperation, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Montag 19.09.2016**

Goethe Institut/FES
Vortrag & Diskussion

**Whose Cheese is it Anyway?
European Union Regulation, Economic
Competition, and the Patrimony of Cyprus**

Goethe Institut, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Donnerstag 29.09.2016**

PRIO Cyprus Centre/FES
Konferenz

Woman Peace and Security

Home for Cooperation, UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com